

Arbeitsheft 1

2. Tagung des 3. Landesparteitages
am 2. Dezember 2012 in Frankfurt (Oder)

Inhalt

Antrag A1 4	Leitantrag des Landesvorstandes	Seite
Information 11	Stand der Umsetzung der Beschlüsse der 1. Tagung des 3. Landesparteitages	Seite
Information	Anreisehinweise	Seite 22
Information	Programm der Aktivenkonferenz zur Wahlkampfzubereitung am 1. Dezember 2012	Seite 23

Liebe Genossinnen und Genossen,

ihr haltet das Antragsheft 1 für die 2. Tagung des 3. Landesparteitages in Händen. Bis zum Antragschluss ist nur der Leitantrag des Landesvorstandes in der Landesgeschäftsstelle eingegangen, weitere Anträge gibt es bisher nicht. Wir haben dennoch vorerst keine Veränderung am Entwurf der Tagesordnung, die euch bereits zugegangen ist, vorgenommen. Eine Anpassung erfolgt ggf. kurzfristig.

Neben dem Leitantrag des Landesvorstandes findet ihr im Heft eine Informationsvorlage, in welcher der Landesvorstand und die Landtagsfraktion zusammen getragen haben, wie mit den Beschlüssen der 1. Tagung des 3. Landesparteitages im Februar 2012 bisher gearbeitet wurde, was bereits umgesetzt und was noch in Arbeit ist. Unseres Wissens gab es eine solche Rechenschaftslegung zur Umsetzung von Beschlüssen eines Landesparteitages bisher nicht. Wir wollen dadurch eine neue Form von Verbindlichkeit erreichen und auch transparent machen, welche Anstrengungen unternommen wurden, den Willen des Landesparteitages umzusetzen. Gleichzeitig wird deutlich: Es ist bereits viel geleistet worden, viele der Beschlüsse werden intensiv bearbeitet. Dennoch sind noch nicht alle Beschlüsse umgesetzt. Teilweise war das in der Kürze der Zeit – knapp 9 Monate seit der 1. Tagung – nicht möglich, teilweise hatten wir auch noch nicht die Kraft, uns einzelnen Punkten zu widmen und manchmal sind wir auch auf Widerstände gestoßen.

Wir hoffen, dass ihr ein solches Material als Bereicherung für den Landesparteitag empfindet und würden uns freuen, Rückmeldungen zu bekommen, ob wir auch künftig in solcher oder ähnlicher Form über die Bearbeitung der Ergebnisse des Landesparteitages informiert werden wollt.

Am Ende des Heftes findet ihr abschließend Hinweise zur Anreise zum Tagungsort in Frankfurt (Oder).

Mit solidarischen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Andrea Johlige'. The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.

Andrea Johlige
Landesgeschäftsführerin

1 Antrag A 1

2 **Leitantrag des Landesvorstands an die 2. Tagung des 3. Landesparteitages**

3

4 **Ein soziales und demokratisches, ökologisches und**
5 **wirtschaftlich stabiles Brandenburg braucht eine starke**
6 **LINKE**

7

8 1. *{Herausforderung zum Wettstreit für Brandenburg}*

9 Drei Jahre anstrengender Arbeit liegen hinter der Landespartei.

10 Die Landtagsfraktion und unsere MinisterInnen wollten und mussten gemeinsam mit
11 der gesamten Partei in Regierungsverantwortung lernen, unsere politischen
12 Zielstellungen im harten Ringen um politische Möglichkeiten durchzusetzen und
13 gleichzeitig in der außerparlamentarischen Arbeit bei scharfem Gegenwind zu
14 bestehen. Dabei ist uns nicht alles gelungen, dennoch haben wir Vieles möglich
15 gemacht auf dem Weg zu einem sozial-ökologischen Umbau für unser Land.

16 Vor uns liegen zwei Jahre wichtiger Wahlkämpfe - für den Bundestag, das
17 Europaparlament, die Kommunalvertretungen und für einen neuen Landtag.

18 Als LINKE sind wir mehr denn je gefordert, unter Beweis zu stellen, dass es gelingen
19 kann, sozialpolitische und ökologische Herausforderungen zu meistern und dabei
20 eine verlässliche – nicht pflegeleichte - Partnerin in der Koalition zu bleiben. Wir
21 stehen im Wettstreit mit der SPD. Wir führen diesen Wettstreit fair, auf der Basis
22 unseres Parteiprogramms, des gemeinsam Erreichten und im Sinne der Mehrheit der
23 Menschen in diesem Land.

24

25 2. *{Wir sind die Partei der sozialen Frage}*

26 Elementare Voraussetzung für das Wohl des Gemeinwesens ist aus unserer Sicht
27 und Erfahrung der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir stehen gegen eine
28 verwerfliche, ausufernde soziale und ökonomische Ungleichheit. Sie macht ein Land
29 krisenanfällig und erweist sich als Entwicklungsbremse in Politik, Wirtschaft und
30 Gesellschaft insgesamt. Sie bindet in wachsendem Maße öffentliche Mittel bei immer
31 geringerem Effekt für die von Sozialtransfers abhängigen Menschen. Für uns steht
32 fest: Soziale Spaltung kann nicht verwaltet, sie muss überwunden werden.

33 Im Zentrum unserer politischen Anstrengungen steht daher die soziale Frage. Wir
34 schieben sie nicht in Fachressorts ab - sondern wir stellen sie uns bei jeder
35 Entscheidung, die wir politisch treffen. Was bedeutet eine Initiative, ein Vorschlag,
36 eine Vorgabe für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, für die Betroffenen,
37 für die Schwächsten der Gesellschaft - was ist aus unserer Sicht nötig, um den
38 sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken? Darum geht es.

39 Die soziale Frage zielt auf

40 gute Arbeit,

41 gute Bildung für alle,

42 gute gesundheitliche Vorsorge und Versorgung

43 gute Alterssicherung sowie

44 gute Lebensbedingungen für Kinder.

45 Daran messen uns jene, die beabsichtigen uns zu wählen oder erneut zu wählen

46

47 3. *{Krisenbekämpfung: Finanzmärkte bändigen, hohe Einkommen und Vermögen*
48 *fordern, in die Zukunft investieren}*

49 Wir bereiten den Wahlzyklus 2013/14 mitten in einer noch immer grassierenden
50 weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise vor. Sie begann als eine Krise der Banken
51 und der sogenannten Finanzindustrie. Doch die internationale Politik unterließ fast
52 alles, was notwendig gewesen wäre, um die Banken in die Verantwortung zu
53 nehmen und die Finanzindustrie zu bändigen. Stattdessen wurden gewaltige
54 Summen in die Rettung von Banken und ganzen Bankensystemen investiert. Die
55 Staatsfinanzen bluteten aus und wurden zum Spielball des geretteten Casino-
56 Kapitalismus. Der Euro geriet in eine bedrohliche Krise.

57 Die deutsche Bundesregierung ist Wortführerin einer Linie, die die Krise in Europa
58 durch drastische Reduzierungen der Staatshaushalte bekämpfen will.
59 Sozialleistungen, Löhne und Gehälter im Öffentlichen Dienst, auch Investitionen
60 werden gekürzt. Die Mehrzahl der abhängig Beschäftigten, die Erwerbslosen,
61 RentnerInnen, die jungen Leute sind die Opfer. Dieser Kurs spaltet Europa - sozial
62 und zunehmend auch national.

63 Dieser Kurs hat die Abhängigkeit der Staaten von den Finanzmärkten erhöht und
64 nicht verringert. Private Banken leihen sich zu einem Zinssatz von 0,75 Prozent Geld
65 bei der Europäischen Zentralbank (EZB), das sie an Länder wie Spanien für 7
66 Prozent weiter verleihen. Die Staatsverschuldung ist eine enorme Profitquelle für die
67 Finanzwirtschaft, weil sie den Staaten die Zinshöhe diktieren kann. Diese
68 Bereicherung auf Kosten der Öffentlichkeit kann durch eine neue Kreditpolitik der
69 EZB zurückgedrängt und beendet werden. Dies kann durch die Auflage von Euro-
70 Bonds geschehen, der beste Weg ist jedoch die direkte Kreditvergabe an
71 Mitgliedstaaten der Euro-Zone, weil dadurch enorme Zinszahlungen eingespart
72 werden könnten.

73 Staatsdefizite bekämpft man dennoch nicht, indem man keine Schulden mehr
74 machen will oder darf. Verursacher und Gewinner der Krise müssen in die
75 Verantwortung für die Krisenbewältigung genommen werden. Wir wollen, dass
76 Privat- und Betriebsvermögen einen deutlich wachsenden Beitrag zur Ausstattung
77 der öffentlichen Hände leisten.

78 Die Zukunft kann man sich nicht sparen - in die Zukunft muss man investieren. An
79 der richtigen Stelle, mit dem nötigen Ausmaß und mit einer tragfähigen Perspektive,
80 um soziale und ökonomische Ungleichgewichte zu verringern.

81 Dafür kämpfen wir.

82

83 4. *{Mehr LINKES Engagement für Europa - und mehr Integration, aber sozial und*
84 *demokratisch!}*

85 Die Europäischen Institutionen und die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten suchen
86 nach einem Weg, die EU zusammen zu halten. Man macht sich auf den "Weg zu

87 einer echten Wirtschafts- und Währungsunion". Der Umbau der Wirtschafts- und
88 Währungsunion soll einhergehen mit Schritten zur politischen Union, mit der Abgabe
89 von Souveränitätsrechten der Staaten, mit der Schaffung einer Föderation von
90 Nationalstaaten. Das Ganze wird ökonomisch flankiert mit der Absicht, eine „dritte
91 industrielle Revolution“ auszurufen.

92 Bislang ist nicht erkennbar, worin sich dieser Ansatz in der sozial-ökonomischen
93 Substanz von der bisher verfolgten unsozialen Politik unterscheidet. Diese Politik hat
94 in die Krise geführt, sie verschärft und ist nicht in der Lage, Europa eine tragfähige
95 Perspektive zu geben.

96 Wir wollen kein Zurück in ein Europa einzelner, teils scharf untereinander
97 verfeindeter Nationalstaaten. Wir wissen die Vorteile der EU sehr genau zu würdigen:
98 Die Jahrzehnte des Friedens unter den Mitgliedsländern, die in diesem Rahmen erst
99 möglich gewordene breite Aussöhnung der Deutschen mit ihren Nachbarn, die
100 Freizügigkeit und die kulturelle Offenheit, die Leistungen der EU für den Ausgleich
101 zwischen den Regionen, von denen gerade Ostdeutschland besonders profitiert hat.
102 Wir wenden uns jedoch gegen die fortschreitende Militarisierung der EU und die
103 zunehmend aggressive Außenpolitik einiger ihrer Mitgliedsstaaten.

104 Brandenburger Europapolitik - in Potsdam, Berlin und Brüssel bzw. Straßburg -
105 entscheidet mit über die Möglichkeiten, die Brandenburg und wir als DIE LINKE bei
106 der Gestaltung der Zukunft unseres Landes haben.

107 Für den Brandenburger Landesverband der LINKEN und seine Fraktionen auf
108 Landes- und kommunaler Ebene sowie die Abgeordneten im Deutschen Bundestag
109 und im Europäischen Parlament ist die Europäische Union daher eine wichtige
110 politische Handlungsebene, und sie muss in unserer Gesamtpolitik auch einen
111 größeren Stellenwert erhalten.

112 Zugleich sehen wir: So, wie sie ist und wie sie geführt wird, kann die EU nicht
113 bleiben.

114 Zu sehr haben aus Brüssel kommende Deregulierungsvorgänge,
115 Privatisierungsforderungen und Wettbewerbsauflagen die öffentliche
116 Daseinsvorsorge und die sozialen Standards angegriffen. Europäische Zentralbank
117 und Europäische Kommission sind als Mitglieder der Troika maßgeblich
118 verantwortlich für die anhaltende gigantische Umverteilungspolitik zulasten der
119 öffentlichen Haushalte unter der Mehrheit der EuropäerInnen: Während Milliarden
120 Euro an Hilfen mittel- und unmittelbar zur Finanzindustrie fließen, werden vor allem
121 die südeuropäische Staaten durch von der Troika erzwungene Sparmaßnahmen in
122 ihrer inneren sozialen und demokratischen Ordnung zerstört. Diese Politik greift nach
123 Griechenland systematisch auf weitere EU Mitglieder über.

124 Deswegen darf der nächste Schritt zur europäischen Integration nicht der bisherigen
125 Logik folgen. Wir wollen eine europäische Integration, in der die Länder wieder
126 zusammenrücken, in der die Interessen der Mehrheit der Menschen in Europa, in der
127 ihre demokratische Beteiligung am Prozess und ihre sozialen Rechte gestärkt
128 werden. Wir wollen, dass die Menschen (wieder) sagen können: Es geht um uns,
129 denn es geht um Europa!

130 Diese Position wollen wir aktiv zur Geltung bringen. Dafür wollen wir viele Menschen
131 mobilisieren.

132

133 5. *{Unser Kompass: sozialökologischer Umbau - Nachhaltigkeit in allen*
134 *Dimensionen}*

135 Wo DIE LINKE regiert, gibt sie der gesellschaftlichen Entwicklung neue Akzente und
136 teils auch eine neue Richtung. Wir können tatsächlich die Hauptakzente der Politik –
137 weg vom neoliberalen Mainstream, hin zu einer sozialen, ökologischen und
138 demokratischen Erneuerung des Landes – verändern.

139 Mit diesem Anspruch führen wir auch erneut eine Debatte über unser Leitbild für
140 Brandenburg.

141 Dieser Anspruch prägt unsere praktische Politik. Wir stehen zum umfassenden
142 Begriff von Nachhaltigkeit - in seiner sozialen, seiner ökonomischen und seiner
143 ökologischen Dimension. Es führt zu Nachhaltigkeit, wenn für alle
144 Brandenburgerinnen und Brandenburger Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
145 gewährleistet, wenn Ausgrenzung durch Armut überwunden wird. Das beginnt bei
146 den Jüngsten. Wir setzen weiter auf gute Kitas. Wir setzen auf Inklusion. Wir wollen
147 in der nächsten Legislaturperiode den Übergang zur Gemeinschaftsschule in
148 Brandenburg vollziehen.

149 Es führt zu Nachhaltigkeit, wenn Menschen von ihrer Arbeit leben können! Mit dem
150 Vergabegesetz, das einen Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen vorsieht, haben wir
151 das im Land Mögliche zunächst getan. Jetzt werben wir dafür, bis zum Ende der
152 Legislaturperiode diesen Mindestlohn auf 10 Euro pro Stunde anzuheben. Wenn wir
153 Fördermittel im Land ausgeben, haben wir dafür ökonomische **und** soziale Kriterien,
154 fördern wir unternehmerisches Engagement **und** gute Arbeit!

155 Nachhaltigkeit geht einher mit Strukturwandel. Strukturwandel wird aber nie ein
156 eindimensionaler, widerspruchsfreier Vorgang sein. Wir erleben das derzeit im
157 Energiesektor. Mit der Energiestrategie 2030 geht Brandenburg den Schritt vom
158 aktiven Bekenntnis zum Vorrang für Erneuerbare Energien hin zur Gestaltung des
159 technologischen und gesellschaftlichen Durchbruchs für Erneuerbare Energien. Mit
160 dem Erstarren der Erneuerbaren Energien in Brandenburg rückt der Abschied von
161 der Braunkohlen-Verstromung heran. Das ganze Land beginnt sich zu wandeln. In
162 der Energieerzeugung weicht das Dogma der Zentralität den Chancen der
163 Dezentralität. Neben dem Monopolisten Vattenfall trumpfen neue Unternehmen auf;
164 die Stadtwerke kommen wieder ins Spiel. Bisherige Schwächen verwandeln sich in
165 neue Vorteile - Flächen in dünn besiedelten Gebieten sind jetzt gesuchte
166 Ressourcen für Wind- und Sonnenenergie oder für die Produktion von Biomasse.
167 Bürger- und kommunale Genossenschaften bieten die Möglichkeit, die
168 Veränderungen zum eigenen Vorteil zu nutzen und zu gestalten.

169

170 6. *{Weitere Momente des Wandels in Brandenburg}*

171 Auf unserem Weg zur sozial-ökologischen Erneuerung unseres Landes treffen wir
172 auf weitere Herausforderungen.

173 Der gesellschaftliche Wandel vollzieht sich heute maßgeblich geprägt von der
174 "digitalen Revolution", von der Digitalisierung und Vernetzung fast aller Lebens- und
175 Arbeitsbereiche. Momente der sozialen Interaktion, des Austauschs, des vernetzen
176 Wissens- und Handelns erlangen zunehmende Bedeutung. Neben Markt und Staat
177 hat die digitale Welt weitere institutionelle Formen hervor gebracht, um Produktion
178 und soziale Koordination in großem Umfang zu organisieren: Die Gemeingüter
179 ("Commons").

180 Digitalisierung und Vernetzung sind aber auch die technische Basis von
181 Dezentralisierung - von der Energieproduktion über moderne
182 Unternehmensstrukturen und ökonomische Netzwerke über moderne bürgernahe
183 Verwaltungen und die Gestaltung neuer sozialer Beziehungen der Menschen
184 untereinander. Die Gewährleistung des technischen Zugangs zur digitalen Welt für
185 alle und die Beherrschung der damit verbundenen Kulturtechniken gehören deshalb
186 zu den zentralen Zielen LINKER Gesellschaftspolitik - ebenso wie die Wahrung der
187 (Entwicklungs-)Offenheit des Netzes.

188 Kommunikationsstrukturen der Verwaltung - intern wie mit den Bürgerinnen und
189 Bürgern - müssen und können zu mehr Qualität und Effizienz führen. DIE LINKE
190 sieht darin eine große Chance - gerade in den Zeiten demografischen Wandels, von
191 Abwanderung und Metropolenbildung.

192 Brandenburgs Zukunft ist weiblich. Unser Land hat in dieser Hinsicht immer noch viel
193 aufzuholen. In enger Abstimmung mit dem Frauenpolitischen Rat haben wir mit dem
194 Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2011-2014 der rot-roten
195 Landesregierung wichtige Schritte eingeleitet, um die Geschlechtergerechtigkeit in
196 allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern voranzubringen und strukturelle
197 geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen. Wir wissen, dass auch in
198 Brandenburg die Löhne und Gehälter von Frauen unter den vergleichbaren Bezügen
199 von Männern liegen, obwohl unter den AbiturientInnen und AbsolventInnen junge
200 Frauen überdurchschnittlich vertreten sind. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit aber ist
201 mehr als ein elementares Gebot der Gerechtigkeit, eine gute Kinderbetreuungs- und
202 Bildungsinfrastruktur im ganzen Land eine Selbstverständlichkeit für DIE LINKE –
203 und nicht ein besonderes Geschenk an Frauen.

204 So bleibt die Aufgabe, ein sozio-kulturelles Umfeld zu schaffen, das Frauen nicht nur
205 eine berufliche und familiäre Perspektive eröffnet, sondern ein attraktives, freies und
206 selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

207 Der Zeitraum, der vor uns liegt, bringt einen wichtigen Generationswechsel: Jene
208 Jahrgänge, die jetzt in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft noch dominant sind
209 und ihre Ausbildungs- und Startphase noch in der DDR und der alten Bundesrepublik
210 hatten, gehen in den Ruhestand. Jüngere, die bereits im vereinten Deutschland
211 aufgewachsen sind, übernehmen die Verantwortung. Wir wollen diesen Prozess
212 verantwortungsbewusst gestalten. Deshalb kämpfen wir für eine hohe
213 Wahlbeteiligung bei den ErstwählerInnen ab 16!

214 Seit Amtsantritt von Rot-Rot werden in Brandenburg die (partei-)politischen
215 Gegensätze deutlich härter als in früheren Zeiten ausgefochten. Aber auch in der
216 Gesellschaft insgesamt nehmen Konflikte zu und werden schärfer ausgetragen.
217 Infrastrukturprojekte und neue technologische Entwicklungen greifen in die Lebens-,
218 Arbeits- und Wohnbedingungen von Menschen ein. Politische
219 Weichenstellungen/Korrekturen der Landespolitik etwa beim Primat für öffentliche
220 Schulen oder der Orientierung auf inklusive Bildung nehmen Menschen vermeintliche
221 Sicherheiten, zielen aber auf mehr Gerechtigkeit und mehr Chancen für alle. Die
222 Stärkung der Kommunalwirtschaft beunruhigt private Unternehmen, die Regelungen
223 zur Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung drohen Kommunen,
224 Haushalten und Unternehmen finanziell erheblich zu belasten.

225 Rot-Rot hat angesichts dessen begonnen, demokratische Mitentscheidungen und
226 Mitwirken für die Bürgerinnen und Bürger besser zu gestalten. Direkte Demokratie
227 und Dialog vor politischen Entscheidungen werden wir weiter ausbauen und

228 strukturell verankern. Die damit verbundenen Probleme und Herausforderungen
229 werden wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern meistern.

230

231 *7. {Aus brandenburgischer Erfahrung: Für einen Politikwechsel im Bund!}*

232 Bei allem geht es um klare und zukunftsorientierte Politik in und aus einem
233 ostdeutschen Bundesland. In unserem Bemühen als Regierungspartei bekommen
234 wir dabei deutlich zu spüren, dass es dafür bundespolitische Grenzen gibt. Es ist
235 unser starkes Interesse, solche Grenzen zu überwinden und an ihre Stelle
236 bundespolitische Voraussetzungen für eine umfassende soziale, ökologische,
237 ökonomische und demokratische Modernisierung unseres Landes zu setzen.

238 Wir gehen mit einer klaren, aus der Erfahrung der Politik wie des Alltagslebens der
239 Bürgerinnen und Bürger gespeisten Botschaft in die Bundestagswahlen 2013:
240 Brandenburg ist auf einem guten Weg – doch diesen Weg hat der Bund an wichtigen
241 Stellen mit Blockaden und Hindernissen versperrt. Weg damit!

242 Endlich den Weg frei für

- 243 – einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 € / Stunde,
- 244 – eine Arbeitsmarktförderung, die nach Tarifmaßstäben bezahlte, SV-pflichtige
245 und überjährige öffentlich geförderte Beschäftigung erlaubt,
- 246 – die unverzügliche Angleichung der Ostrenten an das Westniveau,
- 247 – die Einführung einer armutsfesten Mindestrente,
- 248 – die Wiederherstellung der alten Rentenformel und die Rücknahme der
249 Beschlüsse zur Rente erst ab 67
- 250 – eine Wachstumsinitiative zur Gewinnung Erneuerbarer Energien und für die
251 Bereitstellung der dafür notwendigen Technik (incl. Netzausbau und
252 Speichertechnologien), die zugleich soziale Strompreise ermöglicht,
- 253 – eine vernünftige Finanzausstattung von Ländern und Kommunen.

254

255 Dreh- und Angelpunkt dabei ist die bisherige Steuersenkungspolitik der vergangenen
256 Bundesregierungen. Zudem hat man sich mit der Föderalismusreform I und II mehr
257 und mehr vom Solidargedanken der Länder untereinander verabschiedet. Notwendig
258 aber ist die Stärkung – und nicht der Wegfall – des Länderfinanzausgleiches.
259 Gerade angesichts der Schuldenbremse werden finanzschwache Länder auf die
260 Hilfe der starken angewiesen sein.

261 Aus unserer Erfahrung braucht es daher einen bundespolitischen Kurswechsel, der
262 zumindest folgendes beinhalten muss:

263 Ø die Verbesserung der Einnahmehasis der öffentlichen Hand,

264 Ø die Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung, z.B. durch eine
265 Entschuldungsinitiative,

266 Ø die Neuverteilung der Sozialausgaben zwischen Bund und Kommunen,

267 Ø die Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer, die Einführung
268 einer Vermögenssteuer und einer Finanztransaktionssteuer sowie die Reform der
269 Erbschaftssteuer.

270

271 8. {Wahlziel der LINKEN und Aufstellung zur Wahl}

272 Wir stehen in den kommenden zwei Jahren vor einem anstrengenden
273 Wahlmarathon. Schon am 13. Januar 2013 wollen wir mit unserem Kandidaten
274 Ronny Kretschmer engagiert um das Neuruppiner Rathaus kämpfen.

275 Die Landtagswahl am 20. Januar 2013 in Niedersachsen werden wir aktiv
276 unterstützen, da wir den klaren Anspruch einer bundesweit agierenden LINKEN
277 verfolgen und auch weiterhin so wahrgenommen werden wollen.

278 DIE LINKE ist in der öffentlichen Wahrnehmung und nach eigenem Selbstverständnis
279 die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens. So wird sie auch in die
280 Wahlkämpfe 2013/2014 gehen. Wir streiten nicht um Konstellationen, sondern für
281 unsere eigenen Positionen. Wir sind uns bewusst, dass wir als LINKE in
282 Brandenburg in den bevorstehenden Bundes- und Europawahlkämpfen eine
283 besondere Verantwortung für die Gesamtpartei tragen. Haben wir doch als einziger
284 regierungsbeteiligter Landesverband unter Beweis zu stellen, dass sozialer
285 Zusammenhalt, wirtschaftliche Leistungskraft und Zukunftsfähigkeit aller Regionen
286 eines Landes gewährleistet werden können. Das sind wichtige Voraussetzungen, um
287 als Landesverband mit einem Stimmenanteil von 25%+X beim bevorstehenden
288 Bundestagswahlkampf eine stabile Säule der Bundespartei zu bleiben. Deshalb
289 führen wir einen entschlossenen Zweitstimmenwahlkampf. Die Verteidigung der 2009
290 gewonnenen Direktmandate ist diesem Ziel untergeordnet.

291 Eine Ausnahme bildet aus jetziger Sicht der Bundestagswahlkreis 59 (MOL-BAR II).
292 Dagmar Enkelmann erzielte in ihrem Wahlkreis das landesweit beste
293 Erststimmenergebnis für DIE LINKE und erkämpfte sich einen Vorsprung von 22.660
294 Wählerstimmen. Vor diesem Hintergrund werden wir um die Verteidigung dieses
295 Wahlkreises kämpfen.

296 Der Landesverband wird für die bevorstehenden Wahlen KandidatInnen nominieren,
297 die sowohl für die Politik der LINKEN in der Öffentlichkeit einstehen, als auch in der
298 Partei durch ihre politische Arbeit und ihr Wirken verwurzelt sind. Bei der Aufstellung
299 unserer Landesliste für den Bundestag am 02. März 2013 orientieren wir darauf,
300 vorrangig jene Kandidatinnen und Kandidaten zu nominieren, die zuvor das
301 Vertrauen der Partei in den Wahlkreisen erhalten haben. Landesvorstand und
302 Landesausschuss werden gebeten, der VertreterInnenversammlung zur Aufstellung
303 der Landesliste aus den Wahlkreisvorschlägen heraus einen Vorschlag zu
304 unterbreiten, mit welchen Kandidatinnen und Kandidaten die ersten Listenplätze
305 besetzt werden sollen.

306 Im Landkreis Märkisch-Oderland und voraussichtlich im Landkreis Teltow-Fläming
307 finden jeweils Direktwahlen des Landrates statt. Wir stehen vor der Herausforderung,
308 diese Wahlkämpfe gemeinsam zu bestreiten.

309 Erreichen wir zu den Bundestagswahlen 2013 ein Ergebnis von über 25 %, ist dies
310 eine gute Grundlage, um bei der Landtagswahl an die Wahlerfolge des Jahres 2009
311 anzuknüpfen. Das wäre nach dann fünf Jahren Regierungstätigkeit ein ehrgeiziges
312 und mit noch viel Arbeit verbundenes, aber angesichts der bisherigen Bilanz im Land
313 und der begonnenen Stabilisierung der LINKEN insgesamt realistisches Ziel.

314 Seit dem Göttinger Bundesparteitag sind die Chancen gewachsen, dass unsere
315 Partei in Bund und Land den Herausforderungen gewachsen sein wird. DIE LINKE
316 ist eine plurale demokratische Partei. Dies bedeutet für uns, einen sachlichen

317 Meinungsstreit mit- und nicht übereinander zu führen. Der neue Stil des Zuhörens
318 und das abgestimmte Agieren der neuen Parteiführung findet im Landesverband
319 breite Zustimmung. DIE LINKE. Brandenburg wird sich auch künftig nicht an
320 polarisierenden Auseinandersetzungen beteiligen, sondern den eingeschlagenen
321 Weg der neuen Parteiführung unterstützen.

322 DIE LINKE wirkt in Opposition und in Regierung! Von der Kommune bis zum
323 Europäischen Parlament streitet DIE LINKE für Frieden und soziale Gerechtigkeit
324 und ist auch in der Lage ihre eigenen Forderungen umzusetzen.

325 **Stand der Umsetzung der Beschlüsse des**
326 **Landesparteitages**

327 *Erarbeitet von Landesvorstand und Landtagsfraktion*

328

329 **A1 Wir verändern sozial gerecht, solidarisch, nachhaltig**

330 Stand der Umsetzung:

331 *Der Beschluss war und ist inhaltliche Richtschnur für das Handeln der Landespartei.*

332 *Etliche Maßnahmen, die im Leitantrag angesprochen wurden, sind in Arbeit bzw. in*
333 *der Arbeit berücksichtigt.*

334

335 1. Der politische Zusammenhalt der Partei ist hingegen noch nicht dauerhaft
336 gesichert. Die Neugründungsphase ist weitgehend abgeschlossen, aber die
337 kulturellen und politischen Unterschiede der Quellparteien sind noch sichtbar und
338 wirksam. Das spiegelt sich insbesondere in den anhaltenden personellen und
339 inhaltlichen Diskursen wider.

340 *- > der Landesverband hielt sich aus einer öffentlichen Personaldebatte zurück,*
341 *Mitglieder entwickelten gemeinsam mit Anderen Ideen für kollektive Führung der*
342 *Partei bzw. unterstützten viele produktive Prozesse vor Göttingen*

343 *- > nach dem Göttinger Parteitag ist Parteivorstand handlungsfähig u. -bereit, 3*
344 *Brandenburger KandidatInnen wurden gewählt*

345 *- > Partei hat sich auf Grundlage des Programms geeint u. gefestigt*

346 *- > lt. Umfragen nehmen WählerInnen eine stabilisierte Partei wieder stärker als ihre*
347 *Interessenvertretung war u. sind wieder stärker bereit, DIE LINKE zu wählen*

348

349 2. LINKE in Regierungsverantwortung, Bundesratsinitiativen

350 *- > in der Koalition bestätigt DIE LINKE vielfältig ihre Rolle als Anwältin der*
351 *Benachteiligten: Bei der Umsetzung von Veränderungen im SPNV wurde die*
352 *Schließung von Strecken verhindert. Themen wie Fluglärm, Schallschutz u.*
353 *Kommunikation mit Betroffenen wurde immer wieder offensiv bearbeitet,*
354 *weitgehende Verbesserungen initiiert, die dann vom Aufsichtsrat der FBB*
355 *beschlossen wurden. Eine Einführung eines generellen Pensionseintrittsalters von 67*
356 *wird nicht erfolgen. Missstände bei der Initiierung oder Umsetzung von*
357 *Regierungsvorhaben werden aufgegriffen und einer Lösung zugeführt.*

358 *-> im Bundesrat nehmen unsere Landesvertreter oft Sonderrollen ein, da wir zur*
359 *Umsetzung neoliberaler Positionen nicht zur Verfügung stehen. Initiativen wurden*
360 *vielfältig gestartet bzw. z.T. breite Bündnisse zur Verbesserung der Lebenslagen im*
361 *Land unterstützt.*

362 *-> in der Enquetekommission des Landtages arbeiten unsere Vertreter aktiv für eine*
363 *Stärkung kommunaler Selbstverwaltung bei bevorstehenden Verwaltungsreformen*

364 *-> die Kommunikation nach außen wurde weiter verbessert; so wurden die Kontakte*
365 *zu Bündnispartnern wie Gewerkschaften verbessert und die öff. Darstellung des*
366 *Regierungshandelns zu unseren zentralen Themen in den Mittelpunkt gestellt.*

367 -> die Zukunftsfähigkeit unseres Handelns wird durch einen neuen Leitbildentwurf
368 unterstützt, der z.Z. fertiggestellt wird u. auf dem Landesparteitag im Dezember dem
369 Landesverband zur Diskussion übergeben wird

370

371 3.

372 - Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Akteuren verbessern ->
373 Gewerkschaften - *Wir haben die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften kritisch*
374 *beleuchtet. Inzwischen haben wir Anstrengungen unternommen, um die Gespräche*
375 *mit den Gewerkschaften nicht nur in kritischen Situationen sondern kontinuierlich*
376 *zu führen. Dazu war das Gespräch mit dem Vorstand der Landtagsfraktion am*
377 *27.08.12 der Auftakt. Weitere Gespräche werden folgen. Nötig ist ein besserer*
378 *Kontakt der Ministerin und der Minister. Es wird immer wieder deutlich, dass die*
379 *Gewerkschaften Mitgliederinteressen verfolgen, die mit unseren Positionen*
380 *durchaus kollidieren. Das heißt nicht, dass man nicht nach gemeinsamen*
381 *Lösungen suchen kann. Eine kritiklose Gefolgschaft der Gewerkschaften wird nicht*
382 *zu erwarten sein.*

383

384 4. Eine starke brandenburgische LINKE in Parlamenten und Kommunalvertretungen

385 - Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten für alle anstehenden Wahlen ->
386 *Vorbereitung Bundestagswahlen läuft bzw. ist gelungen, für alle weiteren Wahlen*
387 *Beratung erster Schritte auf der Aktivenkonferenz am 1.12.2012*

388 - Aufbau Wahlkampfstrukturen in den Kreisverbänden -> *in Arbeit, fast alle KVs*
389 *haben Wahlkampfleiter und –teams benannt*

390 - bisherige Wahlkampfstrukturen überprüfen und ggf. an die vorhandenen Kräfte
391 anpassen -> *in Arbeit, Kreisbereisung zur Abfrage hat stattgefunden, LWKB*
392 *erarbeitet Vorschläge, wie auf die veränderten Bedingungen reagiert werden kann*

393 - auf Landesebene im Jahr 2012 Wahlkampfleiter bestimmen, Wahlkampfbüro
394 einrichten, Rahmenzeitplan erstellen -> *erledigt*

395 - notwendige finanzielle Mittel werden langfristig bereit gestellt -> *Grobfinanzplan*
396 *bereits im Juni 2011 erarbeitet, wird zum Oktober 2012 überarbeitet, abzurufenen*
397 *Mittel aus dem Zentralen Wahlkampffonds bereits im Bundesfinanzrat beschlossen*

398 - Zusammenarbeit LTF mit Landesgruppe der Bundestagsfraktion stärken ->
399 *Koordination ist verbessert worden, Termin für gemeinsame Beratung ist in*
400 *Vorbereitung, „Berliner Runde“ tagt regelmäßig*

401

402 5. Eine starke brandenburgische LINKE mit starken Kreisverbänden und modernen
403 und dialogorientierten Strukturen

404 - Verbesserung und Ausbau der Servicefunktion der Landesgeschäftsstelle,
405 Kreisverbände stärken und aktionsfähiger machen -> *ständig in Arbeit,*
406 *Umstrukturierung der Landesgeschäftsstelle wurde bereits beschlossen und wird*
407 *umgesetzt, diverse Parteireformprojekte, die den Service der*
408 *Landesgeschäftsstelle verbessern sind in der Umsetzungsphase: Kulturelles Leben*
409 *mit Anschaffung von Bühnen und Technik, Intranet mit Aufbau eines Ausleihservice*
410 *für Materialien, Bilder- und Textpool für kleine Zeitungen, gleichzeitig bereits*
411 *bessere Information durch Newsletter, Hilfe bei der Öffentlichkeitsarbeit der*

- 412 *Kreisverbände durch Eindruckflyer und -plakate usw., die Gründung der LAG linke*
 413 *Frauen wurde unterstützt, Mitmachmaterialien sind in Arbeit*
- 414 - Koordination der verschiedenen Akteure (kf, RLS, Kreisverbände, Jugendverband,
 415 LAGs usw.) verbessern -> *in Arbeit, erste Gespräche haben stattgefunden, in*
 416 *Planung ist politischer Jahreskalender sowie stärkere thematische und inhaltliche*
 417 *Abstimmung und terminliche Koordination, Mitmachmaterialien für die LAGs sind in*
 418 *Arbeit, ebenso inhaltliche Materialien, „Begrüßungspaket“ für Neumitglieder in*
 419 *Vorbereitung gemeinsam mit den LAGs, kf und RLS und Jugendverband,*
 420 *Eindruckflyer und -plakate stehen bereit*
 - 421 - Information und Kommunikation an die Basis verbessern -> *ständig in Arbeit,*
 422 *Newsletter, Artikelservice für die Kleine Zeitungen, Website und Facebookseite,*
 423 *Gespräche der LTF mit den Kreistagsfraktionsvorsitzenden , Workshop mit „Kleinen*
 424 *Zeitungen hat stattgefunden, Zusammenarbeit wurde vereinbart usw.*
 - 425 - Parteireform zu Aufgabe des gesamten Landesverbandes machen und Ergebnisse
 426 in den Kreisverbänden nutzbar machen -> *in Arbeit (siehe auch Informationen zum*
 427 *Stand der Parteireform LV Juni 2012)*
 - 428 - Regelungen zu Kinderbetreuungskosten bei Sitzungen und Tagungen der Partei in
 429 allen Kreisverbänden ist anzustreben, Sitzungs- bzw. Tagungszeiten von Gremien
 430 mit den Mitgliedern abzustimmen, die Kinder erziehen, und regelmäßig bei Bedarf
 431 Kinderbetreuungsangebote zu organisieren -> *auf Landesebene ständige Aufgabe*
 - 432 - Menschen mit Behinderung ist die Teilhabe am politischen Leben der Partei zu
 433 sichern, hier sind auf allen Ebenen individuelle Lösungen zu finden und konsequent
 434 umzusetzen -> *Lösungen werden vor allem gemeinsam mit der LAG*
 435 *Behindertenpolitik gesucht, erste Maßnahmen ergriffen*
 - 436 - Aktivenkonferenzen, Regionalkonferenzen, vielfältige Gesprächsrunden, weitere zu
 437 entwickelnde Veranstaltungsformen, aber auch Formen der modernen
 438 Kommunikation zur Stärkung des innerparteilichen Diskurses -> *wird regelmäßig*
 439 *bei Planungen mit bedacht, Regionalkonferenzen finden zweimal jährlich statt und*
 440 *werden nach Teilnehmerwünschen konzeptionell weiter entwickelt,*
 441 *Aktivenkonferenz im Dezember zur Wahlkampfzubereitung, moderne*
 442 *Kommunikation: Facebookseite unterliegt ständiger Weiterentwicklung, Newsletter,*
 443 *E-Mail-Verteiler, Telefonkonferenz-Raum auch für LAGs und Kreisverbände*
 444 *nutzbar nach Anmeldung usw.*
 - 445 - LTF und LV treten stärker in den Dialog mit FachpolitikerInnen aus den
 446 Kreisverbänden -> *tw. umgesetzt, z. B. durch regelmäßige energiepolitische*
 447 *Gespräche , sozialpolitische Gespräche in Vorbereitung, Kinderkonferenz*

448

449 **A2 Für eine zukunftsfähige Energiepolitik und A8 Energiewende in**
 450 **Brandenburg gestalten – versorgungssicher, ökologisch, nachhaltig, sozial**
 451 **gerecht**

452 *Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen, insbesondere bei*
 453 *Erstellung des Wahlprogramms und aktuellen energiepolitische Entscheidungen.*

454 **Stand der Umsetzung:**

- 455 - *ist regelmäßiger Bestandteil energiepolitischer Gespräche*
- 456 - *wird in Debatte um Leitbild einbezogen*

- 457 - *Gespräch mit LAG Umwelt und Ralf Christoffers und Thomas Domres in*
458 *Vorbereitung*

459 **A8**

460 *Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen, insbesondere bei*
461 *Erstellung des Wahlprogramms und aktuellen energiepolitische Entscheidungen.*

462 *Es wird vorgeschlagen, durch konkrete Klimaschutzprojekte, die in Brandenburg*
463 *umgesetzt werden sich schrittweise den Zielstellungen der Partei zu nähern. Eine*
464 *Umsetzung des Beschlusses A2 bis 2014 wird als unrealistisch angesehen. Vielmehr*
465 *geht es darum, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass kein neues*
466 *Braunkohlekraftwerk und somit auch keine neuen Tagebaue in Brandenburg*
467 *gebraucht werden. Dazu gehört: Senkung des Energieverbrauches, Ausbau der*
468 *Erneuerbaren Energien und deren Speicherfähigkeit, Ausbau der Netze, dezentrale*
469 *Versorgung und die Bezahlbarkeit von Energie.*

470 *i im II. Halbjahr 2012 soll eine Energiepolitische Konferenz, zur Erarbeitung*
471 *möglicher Klimaschutzprojekte, möglichst in der Lausitz, durchgeführt werden.*

472

473 **Stand der Umsetzung**

- 474 - *ist regelmäßiger Bestandteil energiepolitischer Gespräche*
475 - *wird in Debatte um Leitbild einbezogen*
476 - *Gespräch mit LAG Umwelt und Ralf Christoffers und Thomas Domres in*
477 *Vorbereitung*
478 - *Konferenz wird im Rahmen der Leitbilddebatte in 2013 vorbereitet*
479 - *Kreisverband Lausitz hat energiepolitischen Kreisparteitag durchgeführt*
480 - *Im Ergebnis der CCS-Debatte wird es in BB keine unterirdische CO²-*
481 *Speicherung geben.*

482

483 **A3 Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung**

484 *Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen. Die*
485 *Landtagsfraktion und die Regierungsmitglieder werden gebeten, den Auftrag*
486 *umzusetzen.*

487

488 **Stand der Umsetzung**

- 489 1. *Der Vorwegabzug im FAG soll so schnell wie möglich entfallen.*

490 *Dem ist voll umfänglich Rechnung getragen worden. Der Gesetzentwurf der*
491 *Landesregierung liegt vor. Der Finanzminister Markov (DIE LINKE) hat die dazu*
492 *notwendigen Vorschläge für eine Gesetzesnovelle des FAG unterbreitet. Das*
493 *Gesetz befindet sich im Geschäftsgang des Landtages und wird in die*
494 *Septembersitzung mit der DS 5/ 5964 eingebracht.*

495 *Im Gesetzestext heißt es:den 2006 eingeführten sog. Vorwegabzug gemäß §*
496 *3 Absatz 2 BbgFAG, der eine Modifikation der grundsätzlichen*
497 *Verbundquotenregelung bedeutet, stufenweise abzubauen. Ab dem Jahr 2016*

498 soll er voll-ständig entfallen, wodurch die Finanzausgleichsmasse zugunsten der
499 Kommunen um jährlich 50 Mio. Euro gestärkt wird.

500 Das Brandenburgische Finanzausgleichsgesetz vom 29. Juni 2004 (GVBl. I S.
501 262), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Dezember 2011 (GVBl. I
502 Nr. 35 S. 5) geändert worden ist, wird wie folgt geändert: 1. § 3 Absatz 2 wird wie
503 folgt gefasst: „(2) Der Anteil der Verbundmasse nach Absatz 1 Nummer 1 wird im
504 Ausgleichsjahr 2013 um 30 000 000 Euro, 2014 um 20 000 000 Euro und 2015
505 um 10 000 000 Euro erhöht

506 2. ..., dass die vom Land zu übertragenen Aufgaben als untere Landesbehörden
507 eine 100%ige Kostenerstattung erhalten.

508 Es gilt in Brandenburg das strikte Konnexitätsprinzip, das besagt, dass
509 übertragene Aufgaben voll zu finanzieren sind. In dieser Wahlperiode ist noch
510 keine Aufgabenübertragung vorgenommen worden. Mit diesem Thema befasst
511 sich die Enquetekommission 5/2 des Landtages unter der Leitung von Stefan
512 Ludwig, die mit ihrem Bericht Vorschläge zur Übertragung von Aufgaben an die
513 Kommunen unterbreiten wird.

514 3. Aktivitäten der Bundestagsfraktion

515 Eckpunkte der Kommunalfinzen der Länder des BFM wurde erst kürzlich Ende
516 August vorgestellt. Darauf könnte insbesondere bei den Daten der
517 Sozialausgaben reagiert werden. Folgender Entwurf ist in Vorbereitung: Antrag
518 der Abgeordneten Katrin Kunert... und der Fraktion DIE LINKE, Die Beteiligung
519 des Bundes an den Kosten der Unterkunft für Hartz IV Beziehende erhöhen

520

521 **A5 Elternbeitragsfreie Schülerbeförderung**

522 Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen. Die
523 Landtagsfraktion wird gebeten, den Auftrag umzusetzen. Dazu ist eine enge
524 Abstimmung mit den Kreisverbänden und deren Fraktionen notwendig. Die
525 Brandenburger Mitglieder der Bundestagsfraktion werden um Unterstützung gebeten.

526

527 Stand der Umsetzung

- 528 - Zur Einbeziehung der Kreise u. ihrer Fraktionen ist dies ständiges Thema in
529 den Beratungen des Landesvorsitzenden mit den Kreisvorsitzenden u. der/s
530 Fraktionsvorsitzenden mit den Kreistagsfraktionsvorsitzenden
- 531 - Erneute Beratung dazu im Zusammenhang mit dem Haushalt 2013/14 in LTF
- 532 - Bisher keine Veränderung des bundesrechtlichen Rahmens möglich gewesen

533

534

535 **A6 „Demokratie erleben und lernen von Anfang an!“ Für umfassende und** 536 **nachhaltige demokratische Jugendbeteiligung in brandenburgischen Schulen** 537 **und Kommunen**

538 Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen, insbesondere bei
539 Erstellung des Wahlprogramms. Die Landtagsfraktion und die Regierungsmitglieder
540 werden gebeten, den Auftrag umzusetzen.

541
542
543
544
545
546
547
548
549
550
551
552
553
554
555
556
557
558
559
560
561
562
563
564
565
566
567
568
569
570
571
572
573
574
575
576
577
578
579
580
581

Stand der Umsetzung

- *Aktivitäten im Rahmen von Wahlalter 16 – Mittel (250.000) wurden auf unsere Intention hin in den Haushalt für 2012 eingestellt – die Bemühungen, diese Mittel durch Projekte auszuschöpfen, laufen – dabei gibt es Probleme*
- *Über Strukturen der Mitwirkung in Schulen sollten wir noch einmal im Arbeitskreis der LTF beraten;*
- *LAG Schule und Bildung in Brandenburg hat dazu ein Gespräch mit dem Vertrauenslehrer für den LandesschülerInnenrat geführt und bereitet ein Gespräch mit dem LSR im Januar 2013 vor;*

A7 Priorität für Bildungspolitik - Kennzeichen LINKER Regierungsbeteiligung

Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen, insbesondere bei Erstellung des Wahlprogramms. Die Landtagsfraktion und die Regierungsmitglieder werden gebeten, den Auftrag umzusetzen.

Stand der Umsetzung

Bildung

- *keine Kürzungen im Bereich der Bildungspolitik – wird erfüllt*
- *im Haushalt 2013/2014 ist eine Erhöhung der Mittel zu verzeichnen;*
- *zum Schuljahr 2012/2013 - 450 unbefristete und 260 befristete Neueinstellungen;*
- *800 Referendare in der Ausbildung;*
- *Einrichtung eines Studienganges „Sonderpädagogik“ an der Uni Potsdam ist in Vorbereitung*
- *längeres gemeinsames Lernen - „eine Schule für alle“*
- *ist zentraler Bestandteil unserer Arbeit - sowohl in den Veranstaltungen vor Ort als auch in den Debatten mit dem Koalitionspartner;*
- *wird von uns ständig thematisiert, vor allem im Zusammenhang mit der Umsetzung des Projektes „Inklusion“, da eine inklusive Schule nicht im gegliederten Schulsystem möglich ist und sie aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu „einer Schule für alle“ sein muss; Vor-Ort-Veranstaltungen der LAG Schule und Bildung am 20.10. und 23.11. mit nachfolgenden Handlungsvorschlägen für den Landesvorstand;*

Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte

- *ist auch auf dem Weg - sicher nicht in den Größenordnungen wie von uns angestrebt; erst einmal gibt es eine Konzentration auf die Lehrkräfte in den 84 Pilotschulen, um sie zum gemeinsamen Unterricht zu befähigen;*
- Weiterbildung in englischer Sprache ist auf den Weg gebracht*

582 Bundesratsinitiative zur Beteiligung des Bundes an der Bildungsfinanzierung

583 - *mehrfach wurde der SPD von uns ein Antrag vorgelegt zu einer*
584 *Bundesratsinitiative „Inklusive Schule“, mit der wir - ähnlich wie beim*
585 *Ganztagsschulprogramm – Investitionen des Bundes für inklusive Schulen auf*
586 *den Weg bringen wollten. Dieser Antrag scheitert an der SPD, die erst zu*
587 *einem derartigen Antrag bereit ist, wenn das Kooperationsverbot aufgehoben*
588 *ist. Wir werden diese Forderung erneut in einem Gespräch mit des*
589 *Landesvorstandes mit der Bildungsministerin am 17.11.2012 einbringen,*
590 *danach öffentlich kommunizieren und in unsere Vorschläge für das*
591 *Bundestagswahlprogramm der LINKEen einbringen.*

592 Wissenschaft:

593 Keine Mittelkürzungen

594 - *auch im Wissenschaftshaushalt gibt es eine Steigerung der Mittelansätze,*
595 *sicher zu wenig, um die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen zu*
596 *stoppen, aber auf jeden Fall keine Kürzungen;*
597 - *die Art der Finanzierung der Hochschulen wird umgestellt – vom umstrittenen*
598 *Mittelverteilungsmodell zu Hochschulverträgen (über 5 Jahre), damit wird*
599 *Planungssicherheit erhöht*

600

601 Zahl der Studienplätze

602 - *es ist keine Kürzung vorgesehen – es bleibt bei 50.000*

603

604 Studienqualität verbessern

605 - *in dieser Frage bringen wir uns mit unseren Forderungen in die vorgesehene*
606 *Hochschulgesetznovellierung ein, ebenso in die*
607 *Hochschulentwicklungsplanung;*
608 - *diese Frage spielt darüber hinaus bei der Neustrukturierung der*
609 *Hochschullandschaft in der Lausitz eine wichtige Rolle;*
610 - *Drittmittel an Hochschulen – Forderung nach Zusatzklausel - Umsetzung sehr*
611 *schwierig;*
612 - *Zu diesen Fragen fand im August eine gemeinsame Beratung des*
613 *Landesvorstandes mit der Wissenschaftsministerin Kunst statt.*

614

615 **A9 Keine Bundeswehr an den Schulen, Kooperationsvereinbarungen**
616 **verhindern!**

617 *Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen. Kurzfristig sind*
618 *geeignete Schritte der Öffentlichkeitsarbeit zu finden, da im Land die versuche,*
619 *Zugang zu Schule zu erhalten, intensiviert wurden. Dazu ist mit dem Jugendverband*
620 *kurzfristig ein Konzept zu verabreden. Die Landtagsfraktion und die*
621 *Regierungsmitglieder werden gebeten, den Auftrag mit umzusetzen.*

622

623 Stand der Umsetzung:

- 624 - *Es hat Gespräche mit dem Landesschülerrat gegeben, der zu der Frage eine*
625 *ambivalente Position bezieht.*
- 626 - *Von unserer Seite aus wäre unter Umständen ein Antrag in Erwägung zu*
627 *ziehen, allerdings hätte er keine Chance bei der SPD – möglicherweise sollten*
628 *wir es trotzdem versuchen – auch hier müsste der Arbeitskreis der LTF noch*
629 *einmal beraten.*
- 630 - *Die Forderung wird in einem Gespräch des Landesvorstands mit der*
631 *Bildungsministerin thematisiert.*

632 **A13 Stärkung des Rechtsstaats in Brandenburg, Beratungshilfe**

633 *Die Landtagsfraktion bezieht den Beschluss in ihre Arbeit ein und berichtet dem*
634 *Landesvorstand bzw. dem Landesparteitag über die Umsetzung.*

635

636 **Stand der Umsetzung**

- 637 - *Ständige Aufgabe im AK der LTF*
- 638 - *Justizminister bezieht dies in Abstimmungen mit den Gerichtsleitungen mit ein,*
639 *ohne es anordnen zu können; wg. Unabhängigkeit der Justiz Aufgabe der*
640 *Gerichte*
- 641 - *Personelle Verstärkung der Gerichte ist erfolgt, sodass Abarbeitung von Staus*
642 *verbessert werden kann, weitere Verstärkung ist in Diskussion zum Haushalt*
643 *2013/14*

644

645

646 **IA1 Feinde der Demokratie bekämpfen – Gefahr von Rechts endlich ernst** 647 **nehmen!**

648 *Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen. Die*
649 *antifaschistischen Aktivitäten der Gliederungen und Bündnispartner werden weiterhin*
650 *auch organisatorisch und finanziell unterstützt. Die Landtagsfraktion wird um*
651 *ständige Information zu und Einbringung von parlamentarischen Aktivitäten gebeten,*
652 *so insbesondere bei der jährlichen Berichterstattung des Aktionsbündnisses. Die*
653 *Landtagsfraktion soll zudem für eine Beendigung der Kriminalisierung von*
654 *antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Projekten gegenüber der*
655 *Landesregierung aktiv werden.*

656

657 **Stand der Umsetzung:**

- 658 - *LV unterstützt regelmäßig antifaschistische Aktionen im ganzen Land durch*
659 *Präsenz vor Ort, Großtransparente und bei Bedarf Infomobil bzw. andere*
660 *logistische Unterstützung*
- 661 - *Das Bundesamt für Verfassungsschutz überwacht derzeit noch 24*
662 *Abgeordnete der Bundestagsfraktion. DIE LINKE Fraktion im Landtag hat*
663 *auch keinen Zugriff oder Eingriffsmöglichkeiten zur Beeinflussung zu*
664 *Beobachtungsentscheidungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Die*
665 *Idee von Bundesinnenminister Friedrich diese Beobachtung an die jeweiligen*
666 *Landesbehörden zu übergeben ist wohl verworfen worden.*

- 667 - Die Abgeordneten Bettina Fortunato und Andreas Bernig fragen weiterhin
 668 monatlich nach rechtsextremen Straftaten. Daraus lassen sich lokale
 669 Schwerpunkte rechtsextremer Aktivitäten erkennen. Gemeinsam mit der SPD
 670 wurde eine Große Anfrage zu den Aktuellen Entwicklungen auf dem Gebiet
 671 des Rechtsextremismus eingebracht (DS 5/6005). Die Antwort der
 672 Landesregierung wird voraussichtlich Anfang nächsten Jahres im Landtag
 673 debattiert werden.
- 674 - Die Fraktion hat in den letzten Wochen einen Vorschlag für eine
 675 antifaschistische Klausel für die Landesverfassung erarbeitet und dem
 676 Koalitionspartner übermittelt. Damit sollen, 20 Jahre nach Inkrafttreten der
 677 Brandenburger Verfassung soll die freiheitliche, offene und demokratische
 678 Gesellschaft in ihrem Kampf gegen rechtsextremes und neofaschistisches
 679 Gedankengut einen verfassungsrechtlichen Rückhalt erhalten. Die
 680 Brandenburgerinnen und Brandenburger sollen sich bei der Bekämpfung des
 681 Rechtsextremismus in Brandenburg der Unterstützung des Landes gewiss
 682 sein.
- 683 - Festgestellt werden kann das es der NPD seit Jahren nicht gelingt, die Lücke
 684 Berlin Brandenburg zwischen den Hochburgen Mecklenburg Vorpommern und
 685 Sachsen zu überwinden. Gleichwohl ist festzustellen, dass sich rechtsextreme
 686 und neofaschistische Strukturen im Land, trotz Niedergang der DVU
 687 weiterentwickeln und weiterhin Gewaltstraftaten vor allem ggü. MigrantInnen
 688 und Andersdenkenden im Land begehen, deren Anzahl deutlich über der
 689 offiziellen Statistik liegen dürfte.

690

691 **B1 Kontowechsel des Landesverbandes**

692 *Der Landesschatzmeister wird mit der Umsetzung des Beschlusses beauftragt und*
 693 *berichtet dem Landesvorstand laufend über die Umsetzung.*

694

695 Stand der Umsetzung:

696 *Der Kontoeröffnungsantrag bei der MBS Potsdam ist am 17.09.2012 unterschrieben*
 697 *an die Sparkasse übersandt worden. Sobald daraufhin die technischen Mittel für das*
 698 *Onlinebanking zur Verfügung gestellt werden, werden diese erprobt und eingesetzt.*
 699 *Zielstellung ist, den Bankeinzug im November 2012 erstmals über die Sparkasse*
 700 *abzuwickeln und die laufenden Geschäfte daraus zu begleichen. Zugleich sollen die*
 701 *Geldanlagen transferiert werden. Anschließend soll die Kontoverbindung bei der*
 702 *Deutschen Bank auslaufen.*

703

704 **B2 Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte** 705 **von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK)**

706 *Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen.*

707

708 Stand der Umsetzung

- 709 - *mit der LAG Behindertenpolitik wurden erste, neue Maßnahmen besprochen*
 710 *um deren Arbeit zu gewährleisten (Finanzierung von*
 711 *Gebärdensprachdolmetschern bei den LAG-Treffen),*

- 712 - es wird derzeit geprüft, welche Wege es gibt, Materialien und Formen der
713 Öffentlichkeitsarbeit für Menschen mit Behinderungen geeignet gestaltet
714 werden können
- 715 - es wird regelmäßig darauf hingewirkt, dass bei der Wahl von
716 Veranstaltungsorten aber auch bei Neubezug von Geschäftsstellen und Büros
717 der Zugang für Menschen mit Behinderungen gesichert ist

718

719 **B4 Wahlalter 16**

720 *Die Kommissionen für Strategie und Wahlen und Parteireform werden vom*
721 *Landesvorstand gebeten, gemeinsam einen Vorschlag/ mehrere Vorschläge zur*
722 *Umsetzung des Auftrages vorzuschlagen. Der Landesvorstand bezieht den Auftrag in*
723 *seiner wahlstrategische Arbeit ein und berät mit den Kreisverbänden über*
724 *Maßnahmen zur Umsetzung.*

725 **Stand der Umsetzung**

- 726 - *die Kommission Strategie und Wahlen hat sich bereits auf Basis des*
727 *Beschlusses des 3. Landesparteitages „Wahlalter 16“ verständigt, welche*
728 *Ideen es für eine ErstwählerInnenkampagne geben kann*
- 729 - *kf und RLS werden sich gezielt mit Bildung und Mobilisierung von*
730 *SchülerInnen zu den Wahlen auseinandersetzen*
- 731 - *unter Einbeziehung des Jugendverbandes wird eine ErstwählerInnenstrategie*
732 *im Rahmen der Wahlstrategie des Landesverbandes erarbeitet, die sich*
733 *2014 zu den Landtags- und Kommunalwahlen gezielt an 16-18 Jährige richten*
734 *soll, ein erstes Gespräch mit dem Jugendverband dazu hat stattgefunden,*
735 *eine Aktivierungsveranstaltung für junge WahlkämpferInnen ist in Vorbereitung*

736

737

738 **Stand der Umsetzung/Positionsbildung bei an den LV überwiesenen Anträgen**

739

740 **A10 Forschungsreaktor Wannsee endgültig abschalten**

741 *Der Landesvorstand nimmt Kontakt zum Berliner Landesverband auf und bittet die*
742 *Berliner GenossInnen um Stellungnahme. Wissenschaftlicher Sachverstand und die*
743 *Bundestagsfraktion sollen in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.*

744

745 **Stand der Umsetzung**

- 746 - *Im Januar 2013 findet eine Veranstaltung zum Thema gemeinsam mit dem*
747 *Ortsverband Potsdam Babelsberg statt. Die Ergebnisse werden in die*
748 *Positionsbestimmung eingehen.*
- 749 - *Position im Landesvorstand war, sich eng mit LV Berlin abzustimmen und*
750 *diesem die Federführung beim Thema zu überlassen (Territorialprinzip)*
- 751 - *Berlin beschloss auf einem LPT im Juni 2012 mittelfristige Ersetzung des BER*
752 *II durch eine ungefährlichere „Spallationsquelle“ (Eine Spallationsquelle ist*
753 *eine Neutronenquelle mit deren Hilfe schwere Atomkerne mit Elektronen*

- 754 *beschossen werden. Durch diesen Prozess werden Atomkerne in ihre*
 755 *Bestandteile zerlegt und Neutronen frei.)*
- 756 *→ Bedeutung für Forschungslandschaft und Wissenschaft wird betont,*
 757 *daher sofortige Abschaltung nachteilig für Wissenschaftsstandort Berlin*
- 758 *→ Atomausstieg jedoch gesellschaftlicher Konsens, daher auch hier auf ein Ende*
 759 *hinzuarbeiten → Aufforderung an Senat hier tätig zu werden für mittelfristige*
 760 *Ergebnisse (Wechsel auf Spallationsquelle)*
- 761 *→ Weiterhin engmaschige Kontrollen nötig um die Gefahren dieser Risikotechnik*
 762 *so gering wie möglich zu halten; transparente Informationspolitik; erweiterte*
 763 *Bestimmungen für das Flugbeschränkungsgebiet streng kontrollieren*
- 764 - *Position von LV Berlin ist wissenschaftlich fundiert und sollte Maßstab des*
 765 *Beschlusses von BB sein*
- 766 - *Forderung nach sofortiger Abschaltung wäre ggü. der Fachwelt nicht sachlich zu*
 767 *begründen bzw. würde wohl als überzogen verstanden werden*
 768 *(Gefahrenpotenzial v. AKW um Unmengen höher; Restrisiko jedoch letztlich nicht*
 769 *zu verneinen → Abwägungsprozess)*
- 770 - *Überprüfung durch Reaktorsicherheitskommission brachte auch keine*
 771 *Befürwortung für Stilllegung; Gefahr (Flugzeugabsturz, beachte jedoch Überflug-*
 772 *Einschränkungen!) wird nicht verneint, aber als gering angesehen*
- 773 - *Weder MUGV BB noch zuständige Senatsverwaltung in Berlin (damals noch*
 774 *unter K. Lompscher) gegen Weiterbetrieb*
- 775 - *BER II nur für Forschung (international renommierter Standort), keine*
 776 *Energieerzeugung, keine Erforschung oder Nutzung von Kernenergie*
- 777 - *Betrieb noch für ca. 15 Jahre beabsichtigt*
- 778 - *Krebsatlas Berlin als auch Strahlungsbelastung am Ort/Bezirk zeigt keine*
 779 *signifikanten Auffälligkeiten bzw. Abweichungen zur Norm und sind teilw.*
 780 *niedriger als in Restberlin*
- 781 - *Zur Sicherheit: Reaktor drei Wochen in Betrieb, dann eine Woche*
 782 *Wartung/Prüfung; fortlaufend modernisiert, technologisch auf neuestem Stand →*
 783 *wissenschaftlich aktuell; bei Schnellabschaltung kommt Spaltungsprozess in*
 784 *weniger als 0,5 sec. zum Erliegen*

785

786

787 **A11 Abschaffung des Numerus Clausus im Studiengang Sozialpädagogik**

788 *22Der Antrag wird der Landtagsfraktion mit Bitte um Stellungnahme übergeben.*

789

790 **Stand der Umsetzung**

791 *- bisher keine, Positionsbildung in einer Sitzung des Landesvorstandes Anfang 2013*

792

793

794

795

796

797

798

799

800

801

Programm der Aktivenkonferenz zur Wahlkampf Vorbereitung am 1. Dezember 2012

- 10.00 Uhr Begrüßung durch den Landesvorsitzenden, Erläuterung der Zielstellungen Stefan Ludwig
- 10.10 Uhr **Stand der Vorbereitung des Wahlzyklus 2013/2014** und Vorstellung der Workshops Matthias Loehr
- 10.30 Uhr Nachfragen und Diskussion
- 10.45 Uhr Workshops zur Wahlvorbereitung – alle Workshops haben das Ziel, die Aufgaben und Anforderungen für die verschiedenen Wahlen zu definieren und Maßnahmen abzuleiten
- 1. Workshop** Wahlkampfformen, 48h Wahlkampf, Aktionsideen *Andrea Johlige Roland Gehrman*
 - 2. Workshop** Wahlkampf 2.0 – Neue Formen, neue Wege *Sebastian Walter, Matthias Osterburg*
 - 3. Workshop** KandidatInnen gewinnen und auf Wahlkampf und Mandat vorbereiten *Matthias Loehr*
 - 4. Workshop** Jugendwahlkampf *Isabelle Vandr *
 - 5. Workshop** Kleine Zeitungen der LINKEN in Brandenburg und ihre Rolle in den Wahlkämpfen *Gerlinde Krahnert, Alexa Lamberz*
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 13.15 Uhr **DIE LINKE als Wahlalternative 2013 und 2014** – moderierte Diskussion zum beginnenden Wahlzyklus *Helmut Scholz (angefragt), Sahra Wagenknecht, Christian Görke und Barbara Klembt, Moderation Gerlinde Krahnert*
- 15.00 Uhr Vorstellung der europapolitischen Workshops, Nachfragen
- 15.15 Uhr Europapolitische Workshops mit dem Ziel zu identifizieren, wie die Debatte zu dem jeweiligen Themenkomplex im nächsten Jahr weiter geführt werden kann.
- 1. Workshop** Wirtschafts- und Finanzkrise – Wie sicher ist der Euro? *Daniela Trochowski/Helmuth Markov (angefragt), Norbert M ller*
 - 2. Workshop** Europa in Brandenburg– Brandenburg in Europa – Was hat Europa mit uns zu tun? *Ralf Christoffers (angefragt), Helmut Scholz*
 - 3. Workshop** Linke Parteien in Europa – Gemeinsam handeln und voneinander lernen *Thomas Nord, SFEL-R/LAG Netzwerk der Europäischen Linken*
 - 4. Workshop** Grenzen  berschreiten – Die Zusammenarbeit der Linken in der *Grenzregion Renate Harcke, René Wilke, SFEL-R/LAG Netzwerk der Europäischen Linken, PartnerInnen aus Polen/Tschechien*
- 17.00 Uhr Vorstellung der Ergebnisse der Workshops und Zusammenführung der Ergebnisse der Workshops in moderierter Diskussion, Aufzeigen der weiteren Schritte zur Bearbeitung des jeweiligen Themenkomplexes inkl. zeitlicher Einordnung in die Planung des Wahlzyklus 2013 und 2014 Moderation *Maria Strauß*
- 18.00 Uhr Schlusswort des Landesvorsitzenden und Start in einen geselligen Abend mit Moritz Kirchners Programm „DIE LINKE lacht“ in der Darstellbar im Kleistforum